



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Unternehmerische Mitbestimmung nicht verschärfen.

Stand vom 24.06.2025 10:51:21 bis 08.07.2025 08:57:51

Angegeben von:

Stiftung Familienunternehmen und Politik (R000083) am 21.06.2024

Beschreibung:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, von den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Vorhaben der Ausweitung der Konzernzurechnung auf den Bereich der Drittelpartizipation und der Verschärfung der Vorgaben zur unternehmerischen Mitbestimmung in der SE Abstand zu nehmen.

Betroffene Interessenbereiche (2)

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (2)

DrittelpG [alle RV hierzu]

SEBG [alle RV hierzu]